

**Dr. Schumann (PDS):**

Prof. Kauffold hat schon einen Teil der Frage beantwortet. Ich will sie dennoch stellen - auch in Ergänzung. Reichen die für das 2. Halbjahr 1990 und für 1991 bekanntgegebenen Marktordnungskosten tatsächlich aus, um den DDR-Landwirtschaftsbetrieben mindestens das Erzeugerpreisniveau der BRD zu sichern? Diese Fragestellung resultiert aus der konkreten Situation im Lande, die uns ja täglich vor Augen geführt wird, und auch daraus, daß ein Vergleich der Marktordnungskosten mit der BRD folgendes ergibt: Bezogen auf den Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche belaufen sich die Marktordnungskosten der DDR im 2. Halbjahr 1990 auf lediglich zwei Drittel des BRD-Niveaus und 1991 sogar auf nur die Hälfte. Berücksichtigt man das höhere Produktionsniveau der BRD, zeigt der Bezug auf eine Getreideeinheit Bodenbruttoproduktion ebenfalls, daß für die DDR-Landwirtschaft geringere Mittel vorgesehen sind, und zwar im 2. Halbjahr 61 % und im Jahre 1991 83 % der BRD-Mittel je Getreideeinheit.

**Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:**

Zu Ihrer Frage möchte ich noch einige zusätzliche Informationen geben, damit dem Haus bekannt wird, worauf sich diese Marktordnungsmaßnahmen beziehen. Die geplanten Marktordnungskosten werden dafür eingesetzt, das von der EG beschlossene Preisniveau auch in der DDR zu halten. Diese Maßnahmen unterstützen den Markt, indem Überschüsse unter anderem durch Intervention aus dem Markt genommen werden, wie das bei Getreide vorgesehen ist, und um Erstattungen zu finanzieren, um das Verbringen von Waren in Drittländer zu erleichtern, um Beihilfen zu ermöglichen, um z. B. die Verbitterung von Magermilch zu erleichtern.

Mit den für das 2. Halbjahr 1990 vorgesehenen 1,5 Mrd. Marktordnungskosten sollen folgende Maßnahmen realisiert werden: Getreide: Marktordnungskosten von 80 Mio M, Raps: Marktordnungskosten von 130 Mio M, Hülsenfrüchte 8 Mio M, Trockenfutter 70 Mio M, Stärke 4 Mio M, Obst und Gemüse 22 Mio M, Milchproduktion insgesamt 658 Mio M, Vieh und Fleisch insgesamt 505 Mio M, private Lagerhaltung Fleisch 50 Mio M. Das macht rund 1,5 Mrd. M, die liegen aber schon etwas höher in dieser Aufstellung.

Bereits diese Maßnahmen zeigen also, daß hier ein Finanzbedarf noch besteht, weil es höher liegt. Wir rechnen damit, daß die Marktordnungskosten nicht ausreichen werden, wenn wir mehr Getreide, als vereinbarungsgemäß mit der Bundesregierung vorgesehen ist, einlagern müssen. Vorgesehen sind 300 kt Intervention und 500 kt private Lagerhaltung. Wird diese Summe, die r Betrag, diese Menge, überschritten, werden wir mehr Marktordnungskosten gebrauchen. Wir beginnen mit der Intervention im Herbst. Wir empfehlen allen Betrieben - das bezieht sich auch auf eine nächste Frage -, jetzt möglichst nicht zu verkaufen, sondern privat zu lagern.

**Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:**

Ich bitte nun Herrn Bernd Meier von der PDS-Fraktion, seine Frage zu stellen.

**Bernd Meier (PDS):**

Herr Minister! Nach Inkrafttreten des Staatsvertrages sollten für bekannte Produkte der Landwirtschaft garantierte Mindestpreise wirken. Diese liegen teilweise unter den in der BRD üblichen Preisen und sichern den Betrieben der Landwirtschaft in der DDR ohnehin kaum eine Überlebenschance. Nach Ablauf der ersten Woche müssen wir jedoch feststellen, und dazu liegen unserer Fraktion mündliche und schriftliche Informationen vor, daß die gegebenen Mindestpreisgarantien nicht eingehalten werden.

So wurde Milch zum Teil gar nicht bestellt, Schweine und Rin-

der wurden nicht abgenommen, die Schlachtung stillgelegt und deutlich niedrigere Preise gezahlt.

Was gedenkt die Regierung und namentlich das Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft in Verbindung mit dem Ministerium für Handel und Tourismus zu unternehmen, um schnellstens eine Veränderung der Situation herbeizuführen?

Ihnen liegt dazu u. a. auch ein Brief von der vergangenen Woche aus dem Kreis Seelow vor, und heute morgen die Demonstration der Bauern vor der Volkskammer hat den Ernst der Lage noch einmal deutlich gemacht.

**Prof. Dr. Kauffold, Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft:**

Es ist richtig, daß Sie sich auf diese Demonstration beziehen. Ich darf Ihnen noch in Ergänzung sagen, daß uns täglich sehr viele Schreiben, Fernschreiben aus den Kreisen erreichen, die dieselbe Sorge zum Ausdruck bringen. Zur schnellstmöglichen Überwindung der in den ersten Tagen nach Inkrafttreten des Staatsvertrages über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion erneut eingetretenen gravierenden Stockungen des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere bei Milch und Schlachtvieh, wurden durch die Regierung, namentlich durch das Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft und das Ministerium für Handel und Tourismus, verschiedene Maßnahmen wirksam gemacht.

So wurde auf Veranlassung des Vorsitzenden des Ministerrates eine Arbeitsgruppe auf Staatssekretärebene gebildet, die täglich die Lage analysiert und Entscheidungen trifft bzw. Regierungsentscheidungen vorbereitet. Diese Arbeitsgruppe arbeitet seit der vergangenen Woche.

Ziel ist die kurzfristige Beseitigung vorhandener objektiver und subjektiver Hemmnisse für den Absatz von Nahrungsgütern aus der inländischen Produktion, dem Binnenhandel, sowie für den Export. Auf der Grundlage des Marktordnungsgesetzes werden die Kontrollen zur Einhaltung ausreichender Importkontingente und Lizenzen im Sinne des Marktschutzes intensiviert.

Möglichkeiten zur Erhöhung von Rohstofflieferungen in die Bundesregierung im Rahmen des Äquivalentprinzips bzw. des Veredlungsverkehrs werden genutzt.

In einer Beratung zu Beginn dieser Woche hat uns Minister Kiechle in Aussicht gestellt, daß, um die Äquivalenz herzustellen, sowohl bei Rohmilch als auch bei Getreide größere Einfuhren in Aussicht genommen werden.

Durch das Ministerium für Handel und Tourismus und den Verband der Konsumgenossenschaften wurden sogenannte Orderlisten mit Benachteiligung für DDR-Erzeugnisse aufgehoben und weitere Maßnahmen zur Beseitigung wettbewerbsverzerrender Monopolstellungen oder -praktiken entsprechend den Festlegungen dieses Hauses durchgeführt.

Eine wichtige Voraussetzung für die Absatzsicherung ist jedoch zugleich eine höhere Flexibilität der Betriebe der Vermarktung und Verarbeitung hinsichtlich ihres Angebotes an den Handel, der Sicherung einer hohen Erzeugnisqualität, beweglicher Vertriebssysteme und marktgerechter Preisgestaltung.

Wir haben gestern abend noch in einer Problemsitzung zwischen dem Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft und dem Ministerium für Handel und Tourismus wieder herausgestellt und festgestellt, daß auf Grund der Bestände, die bei den Verarbeitungsbetrieben und bei den Betrieben des Ernährungsgewerbes vorliegen, verstärkte Bemühungen von diesen Betrieben einsetzen müssen, ihre Erzeugnisse anzubieten. Sie können nicht mehr darauf warten, daß der Handel nur bestellt; sie müssen anbieten.

In den Landwirtschaftsbetrieben ist im Rahmen der zu erarbeitenden Sanierungspläne eine rasche Anpassung, d. h. in vie-